

Antrag

der Fraktion Die Linke

9-Euro-Sozialticket dauerhaft erhalten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, das Berlin-Ticket S (Sozialticket) zum Preis von 9 Euro dauerhaft zu erhalten und unverzüglich die notwendigen Vereinbarungen dafür abzuschließen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2024 zu berichten.

Begründung:

Mobilität für Alle ist zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Einkommensarme Berlinerinnen und Berliner haben daher die Möglichkeit, mit einem Sozialticket (Berlin-Ticket-S) den öffentlichen Nahverkehr in Berlin zu nutzen. Anspruchsberechtigt sind Berlinerinnen und Berliner, die Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld, Opferrenten nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz oder NS-Ausgleichsrenten erhalten. Damit sind mehr als 600.000 Berlinerinnen und Berliner anspruchsberechtigt. Das Auslaufen des 9-Euro-Sozialtickets oder die Rückkehr zum alten Preis von 27,50 Euro würde diesem Personenkreis die Möglichkeit auf günstige Mobilität nehmen und die soziale Teilhabe erheblich einschränken.

Im Doppelhaushalt 2024/2025 hat sich das Abgeordnetenhaus bereits zum 9-Euro-Sozialticket bekannt und die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt. Wie in der Fragestunde des Abgeordnetenhauses vom 12.09.2024 deutlich wurde, ist das 9-Euro-Sozialticket durch die Regierungskoalition akut gefährdet. Es braucht eine klare neue Beschlussfassung des Abgeordnetenhauses, damit der Senat sich an seine eigenen Beschlüsse und sein Versprechen hält, den Preis für das Sozialticket auch in 2025 auf 9 Euro zu ermäßigen (www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1373806.php)! Der Senat muss die eingestellten Haushaltsmittel für das Jahr 2025 nun freigeben und mit der BVG die Fortführung vereinbaren,

damit das 9-Euro-Sozialticket auch im nächsten Jahr abgesichert ist. Andernfalls droht es dem Haushaltschaos des Senats zum Opfer zu fallen. Aber auch über das Jahr 2025 hinaus muss das 9-Euro-Sozialticket dauerhaft verankert werden. Denn es macht Berlin zu einer gerechteren Stadt mit mehr sozialer Teilhabe, entlastet zielgerichtet Personen mit den niedrigsten Einkommen und stärkt den öffentlichen Personennahverkehr.

Berlin, den 17.09.24

Helm Schulze Ronneburg Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke